

Der Chef von Deutschlands grösstem Energiekonzern sagt: «Unsere Energiewende ist viel zu teuer geworden»

Leonhard Birnbaum, CEO von E.On, stützt Wirtschaftsministerin Katherina Reiche: Das Land brauche neue Regeln in der Energiepolitik, Gaskraftwerke seien alternativlos. Eine Rückkehr zur Atomkraft hält er in Deutschland für ausgeschlossen – hofft aber auf die Schweiz.

Jannik Belser, Essen, Malte Fischer, Essen 09.05.2026, 05.30 Uhr ⌚ 9 Leseminuten



Der E.On-Chef Leonhard Birnbaum sagt: «Ein Kernkraftwerk ist kein Toaster, den man jederzeit wieder einschalten kann. Wenn die Politik das wollte, müsste der deutsche Staat die Anlagen übernehmen.»

Rainer Unkel / Imago

Blickt Leonhard Birnbaum von seinem Büro aus gegen Norden, sieht er die Vergangenheit und die Zukunft. Stillgelegte Kohlekraftwerke stehen da unmittelbar neben Windparks und Solarfeldern – ein Sinnbild dafür, wie rasant Europas wichtigste Wirtschaftsnation ihre Antriebskraft ausgetauscht hat.

Herr Birnbaum, in kaum einem anderen Industrieland sind die Strompreise so hoch wie in Deutschland. Hat das Land sich mit der Energiewende überfordert?

In den letzten 25 Jahren haben wir uns darauf konzentriert, die Stromerzeugung zu dekarbonisieren. Es ging der Politik darum, möglichst schnell möglichst viele erneuerbare Energieträger zu bauen, während Kohle- und Kernkraft parallel noch eine stabile Grundversorgung lieferten. Knapp 60 Prozent des Stroms kommen daher heute in Deutschland aus erneuerbaren Energien. Das ist ein Erfolg. Aber jetzt kommen schwierige Zeiten auf uns zu. Entscheidend ist, dass wir für die zweite Halbzeit der Energiewende die Weichen anders stellen als bisher.

Wieso?

Nach dem Energiesystem müssen jetzt der Verkehrssektor, die Industrieproduktion und die Wärmeherzeugung dekarbonisiert werden. Das ist viel komplizierter, weil die Verbraucher die Folgen viel direkter als bisher zu spüren bekommen. Zudem treten im Stromnetz immer häufiger Engpässe beim Transport und bei der Verteilung des Grünstroms auf. Wir müssen nun die Erneuerbaren so integrieren, dass Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet sind. Misslingt das, droht die Energiewende zu scheitern.

Warum merken Sie erst jetzt, dass ein Ausbau der Erneuerbaren mit neuen Kapazitäten im Netz einhergehen muss?

E.ON hat bereits im Jahr 2020 in Zusammenarbeit mit der RWTH Aachen und externen Beratern eine Studie veröffentlicht, in der wir vor einem zu langsamen Ausbau der Netzinfrastruktur gewarnt haben. Dort wurde detailliert vorgerechnet, dass ein vorausschauender Ausbau der Netze dringend erforderlich ist. Daraufhin hat man uns vorgeworfen, wir würden mit dieser Prognose nur neue Geschäfte machen wollen. Dieselben Leute sagen heute, die Branche habe die Netze nicht ausreichend ausgebaut. Die Politik war zu lange auf den Ausbau der Erneuerbaren fokussiert und hat zu spät gesehen, dass die Kapazitäten der Stromnetze im Zeitverlauf der entscheidende Engpassfaktor werden.

Betreiber haben mit staatlichen Fördergeldern ihre Windräder auch dort gebaut, wo das Netz bereits ausgelastet ist.

Genau deswegen müssen wir die Regeln für die zweite Halbzeit der Energiewende ändern. Erneuerbare, die trotz einem schon bestehenden Engpass zugebaut werden, sollten nicht auf Kosten der Allgemeinheit entschädigt werden, wenn der Strom nicht abtransportiert werden kann.

So wie es Wirtschaftsministerin Katherina Reiche anstrebt? Sie ist für diesen Ansatz scharf kritisiert worden. Vertreter aus der Energiebranche werfen ihr vor, die Energiewende zu torpedieren.

Die Kritik kommt nicht von allen Seiten, sondern vor allem von jenen, die ihre Besitzstände aus der ersten Halbzeit in Gefahr sehen. Sie versuchen, die dringend nötigen Änderungen zu verhindern. Frau Reiche verlangt, dass die Betreiber von Windrädern sich künftig an den Kosten des Netzbaus beteiligen, statt die Kosten den Steuerzahlern und Stromkunden aufzubürden. Wenn wir die Energiewende zum Erfolg führen wollen, müssen wir sie so gestalten, dass sie den Stromkunden nützt. Die Pläne von Frau Reiche verdienen deshalb Unterstützung.

Die vehementesten Befürworter der Energiewende argumentieren, Deutschland müsse ein Vorbild für andere Länder sein, damit diese sich am Klimaschutz beteiligten.

Deutschland kann in der zweiten Halbzeit ein Vorbild werden, wenn wir es jetzt anders machen. Die erste Hälfte war leider kein Vorbild für andere Länder. Unsere Energiewende ist für die Bürger und Stromkunden viel zu teuer geworden, als dass uns irgendjemand sie nachmacht. Ich bin viel im Ausland unterwegs. Überall, wo ich hinkomme, fragt man mich: Was habt ihr da eigentlich in Deutschland gemacht?

Was macht das Ausland denn besser?

Schauen Sie sich in Europa um. Die Länder mit den niedrigsten Strompreisen haben entweder das Glück, viel Wasserkraft zu haben, oder sie haben bestehende Kernenergie mit Erneuerbaren kombiniert. Dieses Tandem ist für Industrieländer das mit Abstand günstigste. Kernenergie sorgt für die Grundlast und deckt Dunkelflauten ab. Die Erneuerbaren liefern grosse Mengen günstigen Strom für die Kunden.

Wieso macht dann Deutschland nicht einfach wieder den Atomausstieg rückgängig?

Ein Kernkraftwerk ist kein Toaster, den man jederzeit wieder einschalten kann. Wenn die Politik das wollte, müsste der deutsche Staat die Anlagen übernehmen, so wie wir es gerade in Belgien erleben. Das ist aber sehr unwahrscheinlich. Ein privater Betreiber wird sich jedenfalls nicht mehr finden lassen, nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre hierzulande. Ganz zu schweigen von neuen privat finanzierten Anlagen. Dafür brauchte man vierzig Jahre Unterstützung durch die Politik. Diese Perspektive ist in einem Land, in dem ein grüner Wirtschaftsminister und ein roter Bundeskanzler mitten in einer historischen Energiekrise die letzten voll funktionsfähigen Kernkraftwerke stillgelegt haben, nicht gegeben.

Könnte die Politik privaten Investoren nicht durch ein Gesetz Sicherheit geben, in dem der Wiedereinstieg in die Kernenergie rechtlich gesichert ist?

Gesetze können geändert werden. Das Einzige, was funktionieren könnte, wäre ein nicht kündbarer öffentlichrechtlicher Vertrag mit vierzig Jahren Laufzeit und klar definierten Entschädigungspflichten des Staates für den Fall, dass die politische Zusage zugunsten der Kernenergie nicht hält. Aber das kann ich mir nicht vorstellen.

Wieso?

Das leite ich von meinen Beobachtungen der politischen Debatte in Deutschland ab. Darüber wird es keine Einigkeit geben. Deshalb ist Kernenergie hierzulande Geschichte.

Wie steht es mit dem Bau von kleinen modularen Kernreaktoren?

Ich bin skeptisch. In der Theorie sollen solche Reaktoren am Fließband gebaut werden, damit sie günstiger werden. Dafür müssten die Nuklearbehörden meines Erachtens aber die Standards europaweit vereinheitlichen und die regulatorischen Anforderungen im Betrieb vereinfachen. Sonst wird es nicht wirtschaftlich. International könnte es zukünftig in diesem Bereich Durchbrüche geben, etwa in den USA. Aus den genannten Gründen jedoch nicht in Deutschland.

Und die Kernfusion?

Die Kernfusion ist eine faszinierende Technologie, und Deutschland ist auf diesem Gebiet in der Forschung weltweit führend. Doch bisher ist die Kernfusion nicht über das Laborstadium hinausgekommen. Bis sie unsere Energieversorgung übernehmen kann, dürften noch Jahrzehnte vergehen.

Zur Person

Energiechef

Der studierte Chemieingenieur Leonhard Birnbaum ist seit 2021 Vorstandsvorsitzender von E.On, gemessen am Umsatz Deutschlands grösstem Energieversorger. Das Unternehmen fokussiert sich auf den Betrieb der Netze sowie den Vertrieb von Strom und Erdgas.

Für die Grundlast und die Abdeckung von Dunkelflauten sollen künftig Gaskraftwerke sorgen. Wird das nicht teuer?

Wer wie Deutschland voll funktionsfähige Kernkraftwerke abschaltet und gleichzeitig aus der Kohle aussteigen will, dem bleibt schlicht nichts anderes übrig, als zur Absicherung Gaskraftwerke zu bauen. Sie sollen ja so wenig wie möglich laufen. Aber in einem System, das vor allem auf Erneuerbaren aufbaut, brauchen wir immer eine Versicherung. Wir sollten jetzt schleunigst damit beginnen. Der Kohleausstieg bis 2030 ist jetzt schon extrem anspruchsvoll. Wenn man jetzt noch lange diskutiert, wird er unmöglich.



Das Gaskraftwerk Lichtenfelde bei Berlin. «Wer keine Kernkraftwerke will, braucht zumindest einige Gaskraftwerke», sagt Leonhard Birnbaum.

Sean Gallup / Getty

Welchen Beitrag können Batterien und Speichertechnologien leisten?

Die technischen Fähigkeiten der Batterien sind massiv gestiegen, während die Kosten deutlich gefallen sind. Diese Speicher eignen sich gut zum Ausgleich täglicher Schwankungen. Sie helfen dabei, dass wir weniger Reservekraftwerke mit Gas brauchen. Um eine Dunkelflaute von fünf Tagen zu überstehen, brauchten wir aber riesige Batterieparcs. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: E.On hat keinerlei geschäftliches Engagement bei Gaskraftwerken. Wir sorgen in unserer Rolle dafür, dass das neue Energiesystem funktioniert. Und aus dieser Warte müssen wir schon sagen, dass diejenigen, die gegen Gaskraftwerke als letzte verbleibende Versicherung lobbyieren, eine funktionierende Alternative aufzeigen müssen. Oder sie sollten offen sagen, dass ihnen Klimaschutz egal ist und sie lieber die Kohlekraftwerke länger laufen lassen.

Ginge das denn? Beispielsweise indem die Betreiber das Kohlendioxid abfangen und unterirdisch speichern?

Wenn Sie alte Kohlekraftwerke mit einer solchen Abscheidungstechnologie ausrüsten, wird das noch teurer. Wer keine Kernkraftwerke will, braucht zumindest einige Gaskraftwerke, um Dunkelflauten zu überbrücken.

Oder importiert den Strom von anderen Ländern.

Unsere Nachbarländer müssten uns dann mit versorgen, wenn der Strom auch bei ihnen knapp und teuer ist. Wenn wir hingegen dank viel Wind und Sonne einen Stromüberschuss haben, ist der Strompreis aufgrund eines Überangebots gering oder sogar negativ. Konflikte sind vorgezeichnet. Aber grundsätzlich: Der gemeinsame europäische Strommarkt mit seinen grenzüberschreitenden Stromlieferungen nutzt allen Beteiligten. Doch er setzt voraus, dass niemand seine Stromversorgung auf Kosten der Nachbarn in Gefahr bringt.

Mit Gaskraftwerken setzt sich Deutschland aber einem volatilen Marktumfeld aus, wie die jüngsten Ereignisse rund um Iran beweisen. Wie lassen sich solche Abhängigkeiten reduzieren?

Durch eine konsequente Elektrifizierung, insbesondere im Wärmesektor. Wenn wir weniger mit Gas heizen, sinkt unser Gesamtbedarf deutlich. Die Abhängigkeiten, die bei einem verhältnismässig geringen Anteil von Gas im Energiemix entstehen, wären akzeptabel. Als wichtigste Quelle bleiben das Pipelinegas aus Norwegen sowie verflüssigtes Erdgas aus diversifizierten Quellen in der Welt.

Deutschland hätte eigene Gasvorkommen, die sich über Fracking fördern liessen.

Technisch wäre das möglich, es würde Deutschland geopolitisch unabhängiger machen. Aber ähnlich wie bei der Kernenergie haben wir politisch beschlossen, diesen Weg nicht zu gehen. Es ist sehr einfach: Jede gestrichene Option erhöht die Abhängigkeit von anderen.

Ein immer grösserer Anteil der europäischen Gasimporte kommt aus den USA. Bereitet Ihnen das Sorge?

Sorge bereitet mir, dass Sie diese Frage stellen. Sie zeigt, dass viel Grundvertrauen zwischen den westlichen Demokratien verlorengegangen ist. In der arbeitsteiligen Weltwirtschaft werden wir Abhängigkeiten nicht vermeiden können, komplette Autarkie ist unrealistisch. Treiben wir die Elektrifizierung voran, werden wir von irgendwoher Kupfer importieren müssen. Bauen wir wieder Kernkraftwerke, werden wir das Uran ausserhalb Europas einkaufen. Europas Problem ist eher, dass wir an vielen Stellen einseitig abhängig sind.

Bei den Erneuerbaren und den Batterien sind die Europäer von China abhängig.

Ja. Wobei nicht jede Abhängigkeit mich gleich nervös macht. Käme von heute auf morgen kein Photovoltaikmodul aus China mehr nach Deutschland, bräche nichts sofort zusammen. Wir könnten vorerst keine Solaranlagen mehr hinzubauen, aber die bestehenden Paneele laufen weiter. Kommen hingegen keine Batterien mehr ins Land, würde damit praktisch die ganze Elektroautoproduktion gestoppt.

Was erhoffen Sie sich von Wasserstoff?

Der Hype der letzten Jahre ist vorbei. Ich sehe nach wie vor Chancen, auch wenn die Produktion mit Wasserstoff später als erhofft kommen wird. Für die breite Anwendung, etwa bei der Stahl- oder

Chemieproduktion, ist die Methode auf absehbare Zeit aber nicht wettbewerbsfähig, weil internationale Konkurrenten ohne Wasserstoff viel günstiger produzieren können. Stellt die europäische Industrie ihre Prozesse um, muss sie sich vor billigen Importen schützen. Funktioniert dieser Schutz nicht, bleibt Wasserstoff ein Nischenthema.

Die EU schlägt dazu den sogenannten Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) vor, der die CO₂-Emissionen gewisser Importe bepreist.

Ein solcher CBAM ist richtig, denn sonst machen die Mehrkosten des Emissionshandels die europäische Industrie kaputt.

Sind die Kosten durch den Emissionshandel nicht ohnehin ein Standortnachteil für Europa?

Der Emissionshandel hat sich als sinnvolles, marktbasierendes Preissignal erwiesen, das unter anderem Kohle aus dem System gedrängt hat. Die Herausforderung besteht jetzt darin, die Industrie damit nicht zu überfordern. Wenn die grössten Emittenten wie China oder die USA nicht mitziehen, wird das meines Erachtens noch in dieser Dekade eine Grundsatzdiskussion in Europa auslösen. Ich halte es für realistisch, dass die Kommission den Dekarbonisierungspfad für die kommenden Jahre weiter abflacht. Wenn nur Europa CO₂ einsparen will, bringt das der Welt gar nichts.

Wie können die Europäer den Rest der Welt zu mehr Klimaschutz bewegen?

Zwingen wird man niemanden können. Die einzige wirkliche Hoffnung ist Innovation. Auch in den USA werden trotz Trump noch Solaranlagen gebaut. Weil das für viele Betreiber eine sinnvolle Entscheidung ist. Wenn klimafreundliche Anwendungen günstiger

sind als klimaschädliche, werden sie sich auch durchsetzen. Wir können von globaler Kooperation beim Klimaschutz träumen. Am Ende wird sich das Schicksal der Klimadebatte aber mit der Innovationskraft der Wirtschaft entscheiden.

Wären Sie als Deutscher der Schweiz dankbar, wenn sie das Neubauverbot für Atomkraftwerke aufheben würde?

Wenn die Schweiz neue Kernkraftwerke baut, würde sie dem europäischen Strommarkt eine CO₂-neutrale Grundlast zur Verfügung stellen. Das hilft dem gesamten europäischen Markt. Insofern wäre das aus energiewirtschaftlicher Sicht zu begrüßen. Ob es auch politisch der richtige Weg ist, muss die Schweiz entscheiden.

Welche Rolle hat die Schweiz für den europäischen Strommarkt?

Die Schweiz ist ein zentraler Knotenpunkt. In den 1950er Jahren wurden im aargauischen Laufenburg erstmals die Stromnetze von Frankreich, Deutschland und der Schweiz verknüpft. Es war der Beginn eines gesamteuropäischen Systems. Heute veredelt die Schweiz französischen Atomstrom, indem sie ihn importiert, mittels der Pumpspeicherkraftwerke speichert und ihn dann flexibel nach Italien oder Deutschland exportiert. Die Schweiz ist für Europa eine grosse Batterie.